

Rechtstendenzen
in der Freiwirtschaft,
im Modell
Die Natürliche Wirtschaftsordnung ?

Tristan Abromeit

Januar 1995

oooooooooooo

Studientag
zum Thema Freiwirtschaft und Faschismus

Helmut Creutz

September 1990

Text 8.2

„Ultrarechte Tendenzen“

Eine Stellungnahme von Tristan Abromeit zum Vorwurf des KV Verden, Mai 1983,
mit dem Antrag des KV Verden und
dem Flugblatt von Hermann Müller

Die Wirkungen einer Stellungnahme:
Ein Parteiausschlußverfahren

von Tristan Abromeit, Mai 1994

Stellungnahmen von Prof. Klönne, Fred Braun und Chr. Miséré
Die Entscheidung des Schiedsgerichts , Bilder

Seiten 17 - 50

"Ultrarechte Tendenzen"

bei den Mitgliedern des Arbeitskreises Dritter Weg NWO?

Eine Stellungnahme von Tristan Abromeit
zum Vorwurf des KV Verden

28./29. Mai 1983
Seite 0 - 15

Die Wirkungen einer Stellungnahme: Ein Parteiausschlußverfahren

Tristan Abromeit Mai 1994

Darin enthalten sind briefliche Stellungnahmen von:

Prof. Dr. Arno Klönne, Paderborn vom 23. 12. 83

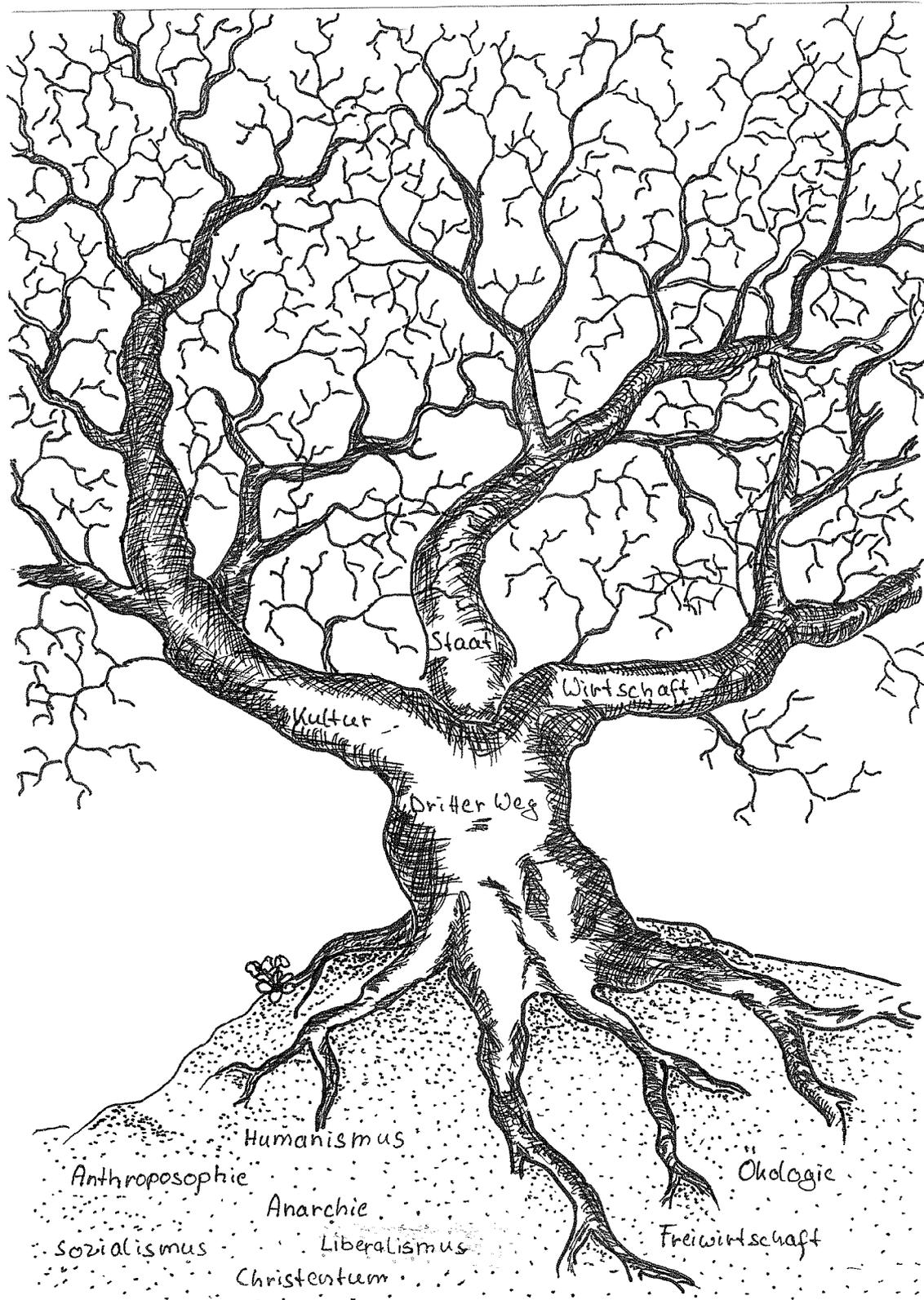
Fred Braun, Karlsruhe vom 12. 3. 1984

" " vom 3. 4. 1984

Christof Miséré, Köln vom 26.6.84/3.8. 84

Drei Bilder von der Bundesschiedsgerichtsverhandlung
am 8. 12. 1984

Seite 1 - 17



"ULTRARECHTE TENDENZEN"

bei den Mitgliedern des Arbeitskreises Dritter Weg NWO ?

Eine Stellungnahme von Tristan Abromeit zum Vorwurf des KV Verden

28./29. Mai 1983

DIE GRÜNEN
Arbeitskreis Dritter Weg NWO
3221 Eberholzen

Tristan Abromeit
(Mitglied der GRÜNEN im KV H-L)
Gorch-Fock-Weg 3, 3057 Neustadt 1

LDK Lüneburg
28/29.05.1983

S T E L L U N G N A H M E

zu den Vorwürfen und Verdächtigungen des Kreisverbandes Verden (Die Grünen)

- Schreiben vom 28.12.1982 an den KV H-L
- Antrag Nr. 1 zur LDK (s.Seite 14)
- Info von Hermann Müller (s.Seite 15)

Liebe grüne Freunde im KV Verden!

Erst am 11. April wurde in der Kreisversammlung des KV H-L bekanntgegeben, daß vom KV Verden ein Beschwerdebrief über ein Flugblatt von Hermann Müller (Mitglied der GRÜNEN im KV Hannover-Land) vorliegt.

Erst in der 20. Woche dieses Jahres wurde Euer, von Hermann Niehuis unterzeichnetes, Schreiben vom 28.12.82 durch Abdruck im Kreis-Rundbrief inhaltlich bekannt gemacht. Wie mir Jürgen Deutsch telefonisch mitteilte, habe er als Vorstandsmitglied des KV H-L von diesem (und auch von anderen) Schreiben keine Kenntnis erhalten. Unabhängig davon, daß Burkhard Lange die Aussagen von Jürgen Deutsch bestreitet, muß er sich als Empfänger Eueres Schreibens den Vorwurf der Unkorrektheit gefallen lassen, weil er weder Euerem schweren Vorwurf, das 84jährige Gründungsmitglied Hermann Müller vertrete faschistische Ideologien, entgegengetreten ist, noch den Vorgang zur Klärung vor die Kreisversammlung gebracht hat.

Euch ist vorzuwerfen, daß Ihr leichtfertig mit dem Begriff "faschistisch" umgegangen seid. Wenn es Euch um eine Klärung gegangen wäre, hättet Ihr Hermann Müller eingeladen und in einem Gespräch geklärt, was Hermann Müller tatsächlich aussagen will. So habt Ihr Euch dem Verdacht ausgesetzt, daß Ihr den Faschismusvorwurf in der bekannten üblen Weise der Diskriminierung Andersdenkender verwendet habt. Nachdem ich Eueren Antrag "Ultrarechte Tendenzen" für die LDK in Lüneburg gelesen habe, hat sich bei mir der Eindruck verstärkt, daß Euch die mißverständlichen und inhaltlich von mir nicht mitgetragenen Textstellen von Hermann Müller ein willkommener Anlaß sind, auf die Vertreter der Position "Dritter Weg NWO" einzudreschen. Und dieser Euer Wunsch kann nur deshalb entstanden sein, weil Ihr den Inhalt unserer Position nicht kennt (Wir sagen im Gegensatz zu vielen linken und rechten Leuten ganz offen, was wir für richtig halten und was wir wollen.), oder weil Ihr Angst habt, daß durch unser Wirken das Kapitalismusanalysenmonopol der Marxisten gefährdet wird.

Bei der Art und Weise, wie Ihr versucht, zu klären, ob in einigen KVs rechte Tendenzen vertreten werden, wirkt Euer Hinweis im Antrag Nr. 1 zur LDK auf Euere Zweifel nur als taktisches Manöver.

Was Euere Behauptung betrifft, ich hätte Flugblätter von Hermann Müller wieder eingesammelt, muß ich feststellen, daß hier nicht nur Verleumdung, sondern Lüge vorliegt.

Da ich schon fast zwei Jahrzehnte für die Informationsfreiheit und -offenheit in Organisationen kämpfe, und ich es dem Landesverband Niedersachsen sehr verüble, daß er den Beschluß von Oldenburg, ein parteiinternes offenes Kommunikationssystem einzuführen, nicht realisiert hat, ist Euere Behauptung für mich eine Beleidigung.

Mir würde nicht in den Sinn kommen, Informationen, die mir nicht passen, zu unterdrücken. Zu übel sind meine Erfahrungen als konsequenter Liberaler mit Leuten unterschiedlicher politischer Orientierung (z.B. mit Linken auf dem Gründungskongreß "Aktionsgemeinschaft Demokratischer Fortschritt" am 2. Nov. 1968 in Dortmund).

Ich fordere Euch auf, daß Ihr Euere Aussage zu meiner Person auf der nächsten LDK und in den GRÜNEN INFORMATIONEN widerruft.

Im übrigen hat Friedebald Müller, der Sohn von Hermann Müller, die Flugblätter wieder eingesammelt, nicht weil er den Auftrag vom Arbeitskreis "Dritter Weg NWO" hatte (wir kennen keine Zensur), sondern weil er zurecht befürchten mußte, daß sein Vater sich aufgrund seiner veralteten Sprachbilder unnötig böswilliger Kritik aussetzt. Grüne sind sich ja nicht immer grün. Zum Beispiel sagte Peter M.⁺ aus dem KV H-L sinngemäß zu Friedebald Müller: "Wir werden Euch fertig machen, erst Deinen Vater und dann Dich."

(Nebenbei: Hätte ein Vater mit kriegerischer oder faschistischer Gesinnung seinem Sohn einen solchen Namen gegeben?)

Am 19. Mai haben wir nun in der Kreisversammlung Hannover Land Hermanns Flugblatt diskutiert. Im Gegensatz zu Euch hat unser jetziger Schriftführer, Helmut Wiebe, das ganze Flugblatt abgedruckt. Zu der Versammlung sind, obwohl sie als dringlich eingestuft wurde, nur rund 10% der Mitglieder gekommen. (Warum? Es wäre gut zu wissen, wieviel Mitglieder Eueres KV an Euerem Beschluß mitgewirkt haben.)

Ich selber hatte folgenden Antrag vorbereitet:

" Stellungnahme des KV Hannover Land zu den Vorwürfen des KV Verden: Da Hermann Müller verreist ist und von der Zusammenkunft der heutigen Kreisversammlung nichts weiß, kann er selbst auch nicht zu den Vorwürfen Stellung nehmen.

Die Textanalyse des beanstandeten Flugblattes hat ergeben, daß sich Hermann Müller eindeutig für den Frieden, gegen den Krieg und Machtansprüche totalitärer Staaten ausspricht.

Gegen faschistische Ansichten sprechen seine Therapieparagrafen

+) Name geändert

im beanstandeten Flugblatt.

Daß Hermann Müller als 84jähriger veraltete Begriffe verwendet, ist ihm nicht vorzuwerfen. Daß er von einer überholten wissenschaftlichen Vererbungslehre ausgeht, ist wahrscheinlich.

Da aber das Wie der Herausbildung menschlicher Charaktereigenschaften noch Gegenstand der Forschung und des Streites unterschiedlicher Lehrmeinungen ist, kann auch hier kein Faschismusvorwurf abgeleitet werden. Die Äußerungen liegen innerhalb der Toleranzgrenze, die eine Partei mit Mitgliedern unterschiedlicher geistiger und politischer Herkunft aufbringen muß.

Der KV Verden wird aufgefordert, den Faschismusvorwurf (der einem Rufmord gleichkommt) zurückzunehmen und Hermann Müller zu einem aussöhnendem und aufklärendem Gespräch einzuladen."

Das Abstimmungsergebnis war:

Zustimmung: 1, Ablehnung: 21, Enthaltung: 2

Einstimmig haben wir dann folgenden Beschluß gefaßt:

"Wir bringen gegenüber dem KV Verden und der LDK zum Ausdruck, daß wir uns von den beanstandeten Passagen klar distanzieren."

Den Zusatzantrag "unvereinbar mit grünen Prinzipien" habe ich nicht mit abgestimmt, weil mir der Begriff "grüne Prinzipien" zu schwammig ist.

Ein weiterer Beschluß (den ich im Wortlaut nicht vorliegen habe) hat zum Inhalt, daß sechs Leute ein Gespräch mit Hermann führen sollen, um herauszufinden, was er nun tatsächlich meint.

Wenn mir selber die beanstandeten Passagen aus Hermann Müllers Flugblatt Unbehagen verschaffen, so hoffe ich doch, daß ein Antrag, wie ich ihn für die Kreisversammlung des KV H-L formuliert habe, auf der LDK eingebracht und verabschiedet wird.

1. Wir können nicht alle Begriffe, die von den Nazis mißbraucht wurden, tabuisieren.

2. Wir können einen Text nicht willkürlich auseinanderpflücken und interpretieren. Am 7. Februar 1935 sagte dazu Prof. Dr. Johannes Ude vor dem Schwurgericht in Graz:

" Mit dieser Art und Weise eine Druckschrift zu lesen und zu beurteilen, ist es allerdings möglich, jedes Buch und den Verfasser eines jeden Buches, selbst die Bibel als staats- und religionsfeindlich hinzustellen und sie im 'objektiven Verfahren' dann zu beschlagnahmen. Ich schlage z.B. die BIBEL auf. Da steht geschrieben: 'Judas ging hin und erhängte sich mit einem Stricke.' Ich blättere weiter und stoße auf eine andere Stelle: 'Gehe hin und tue desgleichen.' Unerhört, so muß jeder bei dieser Art und Weise die Bibel zu lesen und auszulegen, sagen, die Bibel empfiehlt den Selbstmord, Sie muß also aus sittlichen Gründen beschlagnahmt und verboten werden. Oder so muß ich fragen, ist vielleicht der Herr Staatsanwalt nicht an die wissenschaftlichen Regeln gebunden, die einzelnen Sätze eines Druckwerkes aus dem Zusammenhang heraus zu beurteilen, und weniger klare Stellen durch klarere Stellen zu erfassen?"

3. Ob ein Leben ohne Kampf (heute würde man sagen Aggression) möglich ist, wie es sich viele wünschen, ist doch zweifelhaft, auch wenn man das Verhalten der GRÜNEN unter die Lupe nimmt. Aggressionsforscher wie Anthony Storr würden sagen: Wir müssen den Menschen die Gelegenheit geben, ihre nicht wegzudiskutierende Aggression konstruktiv auszuleben. Will Hermann Müller etwas anderes, wenn er auf den Unterschied zwischen Kampf und Krieg hinweist?
4. Sowohl die Vererbungstheorie als auch die tabula-rasa-Theorie bzgl. der Herausbildung menschlicher Eigenschaften sind doch beide gefährlich. Die eine, weil sie im Rassenwahn münden kann, die andere, weil sie autoritäre Staaten und Ideologen dazu verleiten kann, Menschen als ihre Manipuliermasse anzusehen.
Wenn wir Ökologie wollen und den Menschen als Teil von ökologischen Systemen sehen (was andere Betrachtungsweisen nicht ausschließt), dann müssen wir auch darüber nachdenken, unter welchen Bedingungen der Mensch sich optimal entwickelt. Die Richtigkeit einer Entwicklungstheorie kann aber nicht Gegenstand von Parteibeschlüssen sein. Eine Partei, die sich solches vornähme, müßte als nächstes über die richtige Religion etc. ihrer Mitglieder entscheiden.
Der Kampf, das Ringen um Anerkennung der Behinderten in unserer Gesellschaft, in dieser Welt kann uns doch nicht davon entpflichten, über die Vermeidung von Behinderungen, die für die betroffenen immer ein Leid sind, nachzudenken. In diesem Zusammenhang nicht laut über Vererbung nachdenken zu dürfen, weil die Nazis einen Rassenwahn bis zum Exzeß "kultiviert" haben, ist doch den Menschen nicht nützlich.
Eines meiner fünf Kinder ist behindert. Ich hätte gerne gewußt, ob ich ihm dieses Leid hätte ersparen können.
Außerdem, wenn es stimmt, was über die Ergebnisse der Zwillingsforschung berichtet wird, nämlich, daß die Entwicklung des Individuums viel stärker über die Gene gesteuert wird, als bisher angenommen, aber eine bewußte Auswahl der Erbfaktoren nicht möglich ist, weil die Kombinationsmöglichkeiten zu vielfältig sind, dann müßte das ungeheure Auswirkungen auf alle Institutionen haben, die sich mit der Erziehung bzw. Umerziehung von Menschen befassen.
5. Es entspricht doch den Tatsachen, daß der Krieg die Hochkonjunktur der Geschäftemacher, Drückeberger und Heuchler ist. Wer edle Eigenschaften (wie immer sie definiert werden) im Krieg auslebt, stirbt oder verhungert schneller. Daß der Drückeberger äußerlich oft nicht vom Widerständler zu unterscheiden ist, ist eine andere Sache. Der Sachverhalt trifft auch zu, wenn wir in die Lage kämen,

uns mit gewaltloser Gewalt (soziale Verteidigung) gegen einen Aggressor zu wehren. Der Feigling wird sich seine Unabkömmlichkeit von einflußreichen Institutionen bescheinigen lassen. Der Mutige wird von den Panzerketten zermalmt werden. Dies ist doch einer der vielen Gründe, warum wir Kriege überwinden müssen. Und weil Hermann Müller ihn nicht als gottgewollt, sondern durch menschliche Institutionen verursacht sieht, kämpft (...wieder dieses verdächtige Wort...) er dafür, den Krieg durch Änderung der Institutionen zu überwinden.

6. In Euerem Schreiben vom 28.12.82 berichtet Ihr, daß Hermann Müller den Begriff "sozialer Schmarotzer" verwendet habe. Abgesehen davon, daß H. M. sich in der Hauptsache gegen jene Leute wendet, die ohne Arbeit von der Arbeit anderer Leute leben (gemeint sind nicht die Hilfsbedürftigen, sondern die Kapitalrentner), ist es doch nur eine Frage der Betrachtungsweise, soziale Schmarotzer zu entdecken oder nicht. Es gibt viele ältere Leute, deren Stolz es ist, trotz erlebter schwerer Zeiten, nie Mittel aus öffentlichen Kassen beansprucht zu haben. Solchen Leuten muß doch mißfallen, wenn sie z.B. sehen, daß eine(r) Bafög kassiert und nicht studiert. Oder wie in meiner Umgebung ein Kleinunternehmer, der das Geschäft auf den Namen seiner Frau angemeldet hat, selbst aber im Arbeitsverhältnis steht und den Winter über nebenher Arbeitslosenunterstützung kassiert. D. h., jetzt macht er es nicht mehr, weil er CDU-Anhänger ist und seiner Regierung nicht schaden will. Es gibt sicher auch Leute, die Gründe dafür anführen können, daß ich ein Schmarotzer bin. (Nebenbei: Ich wollte ja mein "Schmarotzerdasein" schon lange beenden, nur Bewerbungen bei den Grünen z. B. sind fruchtlos. Ich vermute, daß bestimmte Grüne rot sehen, wenn ich mich als ausgesprochener Nicht-Marxist bewerbe. Bei den konventionell Etablierten bin ich wiederum als Grüner nicht kreditwürdig, so daß ein Start in die Selbständigkeit schwer ist.) Ich sehe auch in den Unternehmern, die Subventionen entgegennehmen, soziale Schmarotzer. Da aber bezüglich unseres sozialen Sicherungssystems (das ich für ein Instrument der gegenseitigen Ausbeutung halte, in dem nur schwer jeweils die Gewinner und Verlierer auszumachen sind) und der Subventionspolitik mit rationalen Argumenten kein Fortschritt erzielt werden kann, freue ich mich über jeden neuen "Schmarotzer", damit endlich ein neues besseres soziales Sicherungsnetz gestrickt werden kann. Der Notleidende ist bei uns von demjenigen, der das vorhandene soziale Netz zweckrational nutzt, oft nicht zu unterscheiden.

7. Wer den Faschismusbegriff willkürlich festlegt, um Andersdenkende ins Abseits zu stellen, bedient sich faschistischer Methoden, zu denen Willkür gehört.
8. Wer anderen faschistische Gesinnung nachsagt, ohne genau zu prüfen, was diese wirklich denken und sagen, macht sich der "Haltet-den-Dieb-Methode" verdächtig.
9. Ich denke, daß derjenige, der sich für eine innerparteiliche Zensur ausspricht oder auch unausgesprochene verschrobene oder gefährliche Gedanken in politische Entscheidungen einfließen läßt, fördert den Faschismus mehr, als derjenige, der sich offen dafür ausspricht. Hermann Müller spricht sich aber offen gegen den Faschismus aus.

Und nun zu der Position DRITTER WEG NWO, die nach meiner Einschätzung eigentlich getroffen werden soll.

1. Wir haben von Beginn an offen für alle zugänglich unsere Position bzw. unsere Erkenntnisse vertreten. Mitglieder unserer lose zusammenhängenden Gruppe waren Vorreiter der Gründung unserer Partei. Es war von vornherein klar, daß unterschiedliche theoretische Ansätze bzgl. Analyse und Therapie unserer ökologischen und gesellschaftlichen Probleme eingebracht und diskutiert werden sollten. Für diese Diskussion war teils keine Zeit, weil der Aufbau der Partei und die Wahlkämpfe zuviel Zeit gekostet haben und zum Teil auch diese Diskussion abgeblockt wurde. Viele Linke wännen sich nämlich, nachdem sie von Minderheitenpositionen in anderen politischen Organisationen zu den Grünen übergewechselt sind, bei den Grünen in einer Mehrheitsposition, weil die meisten Mitglieder der GRÜNEN kein Verständnis für ökonomische Fragen haben und daher linkslastige Programmvorschlage als ökologisch ansehen.
2. Georg Otto hat sich aus strategischen Gründen für die mehr konservativen Teile der grünen Bewegung stark gemacht. Denn seine Einschätzung, die viele teilen, ist die, daß eine rein linke ökologische Partei eine unbedeutende Splittergruppe geblieben wäre. Und die heutige Partei DIE GRÜNEN würde bald wieder zur Bedeutungslosigkeit herabsinken, wenn es den Marxisten gelänge, nach den Konservativen auch noch den Liberalen und Links-Liberalen die Partei zu vergraulen. Herbert Gruhl und seine Leute wurden sicher auch Opfer ihrer eigenen Schwäche, nur die Partei hat das ihrige dazugetan. Bei dem Ansatz der Parteigründung war es eine grobe politische Dummheit, einen Kampf um Programmformulierungen zu

entfachen. Durch Kampfabstimmungen fördert man keine Erkenntnisse zutage, noch schafft man dadurch eine bessere Welt.

Bei der ersten großen Demonstration der Ökologen 1978 (10 Jahre nach dem Sternmarsch auf Bonn gegen die Notstandsgesetze) war ich wieder dabei. Von der Friedensbewegung bei den Grünen war noch nicht viel zu spüren. Einsam stand in Bonn ein Mitglied der Deutschen Friedensunion mit einer Papprakete auf einem großen Platz und versuchte die Grünen auf das Atombombenproblem aufmerksam zu machen. Vielleicht kann sich Helmut Lippelt noch daran erinnern: Ich habe mich damals dafür stark gemacht, die Leute von der DFU als Bündnispartner zu gewinnen, obwohl meine Erfahrungen mit der DFU nicht gut waren. Auch die anderen freiwirtschaftlichen Grünen sind nicht kleinkariert bei der Suche nach Bündnispartnern gewesen.

3. Das praktische Verhalten von freiwirtschaftlich orientierten Grünen (= Leute, die man dem Arbeitskreis Dritter Weg NWO - manchmal auch sozial-liberaler Arbeitskreis genannt - zurechnen kann) gibt nichts her für eine Einstufung in das meistens untaugliche Schema links - rechts.

Das theoretische Rüstzeug läßt sich noch weniger mit links oder rechts belegen. Vorwürfe, Kommunisten, Anarchisten oder Faschisten - oder alles zusammen - zu sein, sind sicher nicht selten. Wenn ich für meine Selbsteinstufung nur diese Begriffe zur Verfügung hätte, dann würde ich mich als Anarchisten bezeichnen.

Erst kürzlich erfuhr ich, daß der Begründer der Freiwirtschaftsschule (Silvio Gesell) durch Beauftragte versucht haben soll, 1917 Lenin, als dieser im plombierten Waggon Berlin passierte, seine Erkenntnisse zu vermitteln. Ist er deshalb Kommunist? 1919 stellte sich Gesell der Räterepublik in München zur Verfügung. Er arbeitete als Volksbeauftragter für Finanzen mit den Anarchisten zusammen und wurde von den Kommunisten behindert. Ist er Anarchist? Gesell hat unzähligen etablierten Institutionen und Personen, darunter bestimmt Erzkonservative, sein Wissen angeboten. Ist er ein Konservativer?

Gesell hat mit Herz, Verstand und seinem Vermögen für Freiheit und soziale Gerechtigkeit gekämpft. Er war Weltbürger, ohne den Nationen das Recht auf Identität abzusprechen. Aufgrund seiner Analyse (die vielfach durch andere bestätigt worden ist) konnte er den zweiten Weltkrieg bereits 1918 prognostizieren ¹⁾ und mit seinen Erkenntnissen läßt sich auch heute kurzfristig die Arbeitslosigkeit bei qualitativem Wachstum beheben.

Vor fünfzig Jahren hat man in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA die Probe aufs Exempel gemacht. Da wo die Theorie richtig angewandt wurde, zeigte sich der positive Erfolg. Überall wurden die Experimente formalrechtlich abgewürgt.

In Wörgl/Österreich war es ein sozialdemokratischer Bürgermeister (Michael Unterguggenberger), der mit Zustimmung des gesamten Gemeinderates den Schritt von der Theorie in die Praxis wagte. In Deutschland hat die Sozialdemokratie die Diskussion über die Theorie abgewürgt. In Österreich waren viele Gemeinden bereit, das Experiment von Wörgl nachzuvollziehen. Heute ist man dort überzeugt, daß man sich Hitler erspart hätte, wenn man auf der Basis des Experimentergebnisses hätte weiter arbeiten können.

Im Vornazi-Deutschland war die Frage für Freiwirte, wie und wo werde ich meine Erkenntnisse los. Es erzeugt nämlich einen Leidensdruck, die Medizin für eine Krankheit in der Tasche zu haben, die Leute leiden zu sehen und verdächtigt zu werden, man wolle Patentmedizin für alle Krankheiten oder gar Gift den Kranken verabreichen.

Es hat in der Untergangphase der Weimarer Republik Freiwirte gegeben, die sich in der Erkenntnis, daß Freiheit sich nicht mit freiheitsfeindlichen Methoden erreichen läßt, von Anbeginn gegen Hitler gestemmt haben. Es hat aber auch Freiwirte gegeben, die sich der nationalsozialistischen Partei angeschlossen haben. Die NSDAP war am Beginn eine Bewegung, eine Bewegung, die eine Not wenden sollte, also keine Diktatur, eine Bewegung, wie die Bewegung der Grünen heute, bei der man auch manche Unebenheiten in Kauf nimmt, in der Hoffnung, daß sich das Gute durchsetzt. Nun unterstelle mir keiner, ich hätte gesagt, die Grünen hätten die gleichen Inhalte, wie die Nationalsozialisten. Sagen will ich, daß politische Bewegungen aufgrund von Problemlagen entstehen, daß politische Bewegungen in die Irre gehen können, und daß wir heute leicht über die damalige Zeit urteilen können, zumal wir uns das damalige ökonomisch-soziale Elend gar nicht so recht vorstellen können. Ich hoffe nur, daß in fünfzig Jahren über die grüne Bewegung besseres berichtet werden kann als über die braune.

Hermann Müller hat in der Vergangenheit öfters mal eine Einladung zu einer Versammlung, die in jener Zeit einberufen wurde, als Zeichen des Widerstandes vorgezeigt, Die Veranstaltung war von Freiwirten organisiert und wenige Tage vor der Machtergreifung durch Hitler durchgeführt. Das Vortragsthema hieß: "Ohne Hitler ins Dritte Reich". Ich will nicht beurteilen, ob es naiv oder

mutig war, daß die Leute von damals sich krankenhausreif prügeln ließen. Ich erwähne es hier nur, weil in dieser Diskussion dieser Vorgang wahrscheinlich zur Sprache kommt. Ich habe damals zu H. M. gesagt: "Glaub doch ja nicht, daß Dir die 'lieben' Parteifreunde diese Geschichte als ein Zeichen des Widerstandes abnehmen, Sie werden sagen, mit den Nazis haben sie auch packtiert."

4. Rudolf Gattermann schrieb 1946 in seinem Büchlein "Du und Hitler", das damals jungen Menschen helfen sollte, sich von national-sozialistischer Indoktrination zu lösen:

"Irgend ein Versuch sachlicher Auseinandersetzung mit dem Sozialismus oder Marxismus, auch nur einen Ansatz zu seiner Widerlegung würdest du, wie ich schon sagte, in Hitlers Buch nicht finden. Du würdest sie bei Rosenberg nicht finden. Ich weiß nicht, ob ein Nationalsozialist sich überhaupt auf ein solches Wagnis eingelassen hat. Hitler jedenfalls hat sich darauf beschränkt zu schimpfen. So brandmarkt er auf Seite 51 'den inneren Irrsinn der ganzen Lehre.' Würdest du es für unbescheiden finden, ihn zu fragen, worin denn dieser Irrsinn besteht, ihn zu bitten, dir irgend ein paar Sätze anzuführen, die du als irrsinnig oder als falsch bezeichnen müßtest?"

Verlegt wurde das Buch von dem freiwirtschaftlichen Sozialdemokraten Rudolf Zitzmann, der unter den Nazis im Konzentrationslager gesessen hat, im Nachkriegsdeutschland in seiner verlegerischen Tätigkeit behindert wurde und heute noch um Wiedergutmachungen kämpft.

Gebracht habe ich das Zitat, weil die Neigung ohne Kenntnisse von Inhalten, diese zu verurteilen, mit dem Dritten Reich nicht untergegangen ist. Es gibt doch heute viele Polit-Ökonomen und Berufs-Ökonomen, die über die Freiwirtschaft wettern wie Hitler über den Marxismus, eben ohne jegliche Kenntnis.

Ich sage nicht, daß das immer Böswilligkeit wie bei Hitler ist. Denn wer den Marxismus als Glaubenslehre im Kopf hat, hat keine kritische Distanz mehr zu ihm und folglich keinen Zugang zu anderen Theorien, ähnliches gilt auch für Berufsökonomien. (Das gleiche Phänomen ist auch bei Glaubens-Freiwirten zu beobachten.)

5. Die ganze Zusammenarbeit der Grünen und auch der Zusammenhalt der Grünen wäre wahrscheinlich besser, wenn die sich nicht artikulierende Mehrheit der Grünen auf die beschlossene Kommunikations-offenheit und auf die satzungsmäßige Veröffentlichung von Minderheitsprogrammen bestanden hätte.

Auch hätte ich mir gewünscht, daß Freunde wie Helmut Lippelt und Helmut Neddermeyer sich etwas mehr für die Freiheit des Wortes ins Geschirr gelegt hätten.

Wir haben nichts zu verbergen. Das, was wir zu sagen haben, kann in Schriften und Büchern, die in unterschiedlicher Zeit und unterschiedlicher Qualität entstanden sind, nachgelesen werden.

Wir sagen, unsere Kapitalismusanalyse kommt der Realität näher, als jene der Marxisten. Unsere Strategie zur Überwindung des Kapitalismus ist gewaltfrei und freiheitsorientiert.

Da wir Demokraten sind, haben wir die Schwierigkeit, Leuten, die nur die Nutzenwendungen von Theorien genießen wollen, die theoretischen Grundlagen dazu vermitteln zu müssen. (Man stelle sich mal vor, eine Autofabrik dürfe dann nur eine Wagen auf den Markt bringen, wenn die Mehrheit der Autofahrer, die theoretischen Grundlagen des Verbrennungsmotors kapiert hätte. Der Streit unter ökonomischen Theoretikern wäre weniger furchtbar, aber um so fruchtbarer, wenn sie in Modellregionen operieren könnten.)

Es gibt auch unter Freiwirten Leute, die an Verschwörungstheorien glauben, weil rational nicht erklärbar ist, daß eine gute Sache nicht eingeführt wird. Ich glaube nicht an Verschwörungstheorien und halte sie sogar für gefährlich, weil sie unschuldige Menschen gefährden kann.

Ich gehe davon aus, daß Erkenntnisblockaden verschiedener Form den Weg zur Anwendung einer praktikablen Theorie blockieren.

Ich habe allerdings auch kein Gegenargument, wenn mir gesagt wird: "Wenn die Krise das große Geschäft für wenige Leute ist, und wenn in den Händen von wenigen Leuten Kapital angesammelt wurde, das so groß ist, daß man indirekt und direkt damit Krisen auslösen kann, dann müssen wir doch immer wieder Krisen bekommen." 2)

Mir, und ich glaube den meisten Freiwirten, geht es nicht ums Rechthaben wollen (wenn auch Rechthaber darunter sind), sondern darum, daß den lebensfeindlichen Ideologien die Basis, das ökonomische Elend, entzogen wird. Wir sind der Überzeugung, daß die ökonomische Basis für Ökologie, Freiheit, Friede, Gerechtigkeit und Nächstenliebe geschaffen werden kann. Auch wenn die Realisierung gelingen sollte, es bleibt immer noch unendlich viel zu tun im Sinne religiöser, sozialer oder humaner Zielsetzungen. Aber wenn es auch nur gelingen sollte, für eine Generation lang in einer kleinen Region ein gutes Beispiel zu geben, lohnen die Anstrengungen.

Am Büchertisch können wir noch einige Bücher und Schriften anbieten, die kurz nach dem 2. Weltkrieg erschienen sind:

1. "Überwindung des Imperialismus", "Demokratie und Menschenrechte" und "Die Überwindung des Kapitalismus unter Beibehaltung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs" von Karl Walker (1904-1975)
(Walker hat politisch vergeblich in der SPD gearbeitet.)
2. "Sozialismus in Freiheit" von Werner Zimmermann (1893-1982)
Diese Schrift erschien bereits 1919 in erster Auflage.
(Werner Zimmermann war Weltreisender und Gelehrter, er hatte persönlichen Kontakt zu Mahatma Gandhi.)
3. "Die natürliche Wirtschaftsordnung" 9. Auflage 1949 von Silvio Gesell (17.3.1862-11.3.1930)

Gesell schreibt im Vorwort zu 3. Auflage:

"Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat.

Den Beweis, daß eine Wirtschaftsordnung der Natur des Menschen entspricht, liefert uns die Betrachtung der menschlichen Entwicklung. Dort, wo der Mensch am besten gedeiht, wird auch die Wirtschaftsordnung die natürlichste sein. Ob eine in diesem Sinne sich bewährende Wirtschaftsordnung zugleich die technisch leistungsfähigste ist und dem Ermittlungsamt Höchstzahlen liefert, ist eine Frage minderer Ordnung. Man kann sich ja heute leicht eine Wirtschaftsordnung vorstellen, die technisch hohe Leistungen aufweist, bei der aber Raubbau am Menschen getrieben wird. Immerhin darf man wohl blindlings annehmen, daß eine Ordnung, in der der Mensch gedeiht, sich auch in bezug auf Leistungsfähigkeit als die bessere bewähren muß. Denn Menschenwerk kann schließlich nur zusammen mit dem Menschen zur Höhe streben. 'Der Mensch ist das Maß aller Dinge', darum auch Maß seiner Wirtschaft."

In der Schrift "Prof. Dr. Ude vor Gericht" (1935) (Ude mußte sich zeit lebens mit Verleumdern aller Couleur auseinandersetzen.) heißt es zum Schluß hin: (Seite 26)

Proletarier, Arbeitslose, geistige Arbeiter und Arbeiter der Hand, Enterbte und Unterdrückte, Bauern, Beamte, Künstler, Ihr alle durch den Kapitalismus um Eure Menschenrechte betrogenen Menschen der ganzen Welt! Es geht hier um Eure Sache. Ich stehe unentwegt auf Eurer Seite. Für die Euch durch den Kapitalismus geraubten Menschenrechte kämpfe ich. Darum mußte ich die beiden Broschüren schreiben, so wie sie geschrieben sind. Ich habe kein Wort zu bereuen oder zurückzunehmen. Nicht Haß predige ich, sondern Versöhnung. Nicht Gnade will ich für Euch vom Kapitalismus ausgebeutete Menschen, sondern Gerechtigkeit. Aber weil ich den Mut dazu hatte, diese meine wissenschaftlich begründete, und sittlich berechnete Überzeugung offen vor der ganzen Welt zu bekennen, deshalb stehe ich mit meinen Broschüren als Angeklagter vor einem Gerichtshof. Ob nun dieser Gerichtshof der Wahrheit und der Gerechtigkeit die Ehre geben wird oder nicht, werden die nächsten Minuten entscheiden. Ich zweifle nicht, daß das Recht siegen wird.

Doch, meine Herren! Trauer erfaßt mein Herz bei der Tatsache, und so etwas wie Scham steigt in mir auf bei dem Gedanken, daß erst

durch einen Gerichtsprozeß entschieden werden soll, ob man in einem christlichen Staat die christlichen Grundsätze des Wirtschaftslebens offen vertreten darf oder nicht. Wenn man auch in der einen oder andern Frage, die ich in meinen Broschüren vertritt, anderer Meinung sein kann, wenn auch um die eine oder andere Frage, die ich behandle, wissenschaftlich gestritten werden kann, so sollte doch jemand, der zufällig eine andere wissenschaftliche Überzeugung hat als der Herr Staatsanwalt, deshalb von ihm nicht gleich vor das Schöffengericht gestellt werden. Man gebe uns Freiwirtschaftlern doch endlich einmal die Möglichkeit zu zeigen, ob die von uns verfochtenen Mittel wirklich imstande sind, unsere zusammengebrochene Wirtschaft aufzurichten. Mit den bisherigen Mitteln ist es nicht gelungen. Mit der Durchführung von Schwurgerichtsprozessen aber wird nur kostbare Zeit vertan, jedoch keine Wirtschaftskrise gelöst." 3)

Wer aber diese Ausführungen gelesen hat, nicht prüft, was die Freiwirtschaftsschule anbietet, kann es mit seinem sozialen oder ökologischen Engagement nicht ernst meinen. Er ist dann bereit, das Glück der Großen Zahl von Menschen oder gar Menschenleben seinen persönlichen Interessen oder Ideologien zu opfern.

Tristan Abromeit



**DER
DRITTE
WEG**

Die
natürliche
Wirtschaftsordnung
(NWO)

— ein programmatischer Beitrag
für die grüne Bewegung

— erstellt zum Programmkongreß
der GRÜNEN im März 1980 in
Saarbrücken

Hrsg. ARBEITSKREIS DRITTER WEG NWO
3221 Eberholzen

2. unveränderte Auflage Sept. 1982
+++ alle Rechte beim Verfasser +++

von TRISTAN ABROMEIT

Fußnoten:

- 1) "Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten. trotz de Rufes der Millionen: 'Nie wieder Krieg', entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich es sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich es, heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: 'Arbeitsuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur die Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen.' Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen waxh werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein."

Silvio Gesell 1918

- 2) so äußerte sich sinngemäß ein älterer Freiwirt, der Verschwörungstheorien vom Typ "Die Juden...etc." ablehnt, gegenüber einem Gewerkschaftsvertreter, der daraufhin gesagt haben soll: " Dann kann ich meine 200 zusammengetragenen Krisentheorien ja in den Papierkorb werfen."

Gesell deutet die Widerstände so:

"Vergessen wir nicht, daß wir die uralte soziale Frage lösen wollen, dieselbe Frage, an der seit Jahrtausenden die besten Köpfe zerschellten. Wir schwimmen gegen den Strom der öffentlichen Meinung in jeder Beziehung. Wir haben keinen anderen Bundesgenossen als die Kraft unserer Argumente. Wir haben sonst alles, was sich organisiert hat in der Gesellschaft, vom Staate und Nachtwächter bis hinab zum Universitätsprofessor, gegen uns. Die politischen Parteien sind restlos auf unsere Bekämpfung eingestellt, voran die Parteien des Proletariats, die uns als 'Konkurrenten' behandeln, die vielleicht fürchten, daß wir die soziale Frage wirklich lösen und damit ihre Abwehr- und Angriffsorganisationen überflüssig machen. Außerdem sind wir die einzigen Gegner des Kapitalismus, die die Kapitalisten fürchten und ernst nehmen. Was das bedeutet, braucht hier nicht gesagt zu werden. Wer alle diese Widerstände richtig einzuschätzen versteht, der muß sich wundern, daß wir es in so kurzer Zeit 'so herrlich weit gebracht haben'. Also brauchen wir uns wirklich keinen pessimistischen Betrachtungen hinzugeben."

1923 in der Zeitschrift "Die Freiwirtschaft" zitiert nach "Die Gefährten" Heft 34/1950.

Im übrigen sind die heutigen Schuldzuweisungen, wie "die Unternehmer, die Kapitalisten, die Multis" auch nicht rationaler als

"die Juden, die Freimaurer usw."

Die Mitglieder der Partei DIE GRÜNEN sollten nicht weiterhin über Verschwörungstheorien schimpfen und sie auch nicht für Argumentationslücken anwenden, sondern einen Wettbewerb zur Klärung dieses Komplexes ausschreiben.

3) Die Titel der beiden Broschüren lauten:

"FFF Geld oder Gold?" und "Die große Not unserer Zeit und ihre Überwindung durch FFF"

Antrag Nr. 1 zur LDK der GRÜNEN am 28./29.5.83 in Lüneburg

Das Thema "Ultrarechte Tendenzen im Landesverband Niedersachsen" möge als Tagesordnungspunkt auf der nächsten LDK behandelt werden.

Begründung:

Hermann Müller, Grüner im KV Hannover-Land und Aktiver im "Arbeitskreis Dritter Weg", verteilte am 12.12. bei der LDK in Fischerhude vor Beginn des Plenums ein Flugblatt, in dem u.a. folgendes zu lesen war:

"Ein unerbittliches, unumstößliches Naturgesetz ist der Kampf, den alle Lebewesen gegeneinander zu bestehen haben. Nach Heraklit ist nicht der Krieg, sondern der Kampf der Vater aller Dinge. Er wird mit angeborenen Eigenschaften und Kräften ausgetragen und dient der gesunden Auslese und damit der Aufartung. Die lebensstüchtigsten Eigenschaften sollen erhalten bleiben und sich vermehren. Nur die Menschen führen Krieg gegeneinander mit immer raffinierter ausgedachten Vernichtungswaffen. Die körperlich und geistig gesunden Männer werden 'eingesetzt' und viele von ihnen sind für den Heldentod auf dem Felde der Ehre ausersehen. Die Untauglichen und Drückeberger können daheim ihre Eigenschaften ungestört an ihre Nachkommen weitergeben. Eine Gegenauslese, eine Abartung ist die logische Folge."

Unterzeichnet war das Flugblatt von Hermann Müller. Nachdem dieser von zwei zufällig anwesenden Versammlungsteilnehmern wegen des faschistoiden Inhaltes des Flugblattes scharf angegriffen wurde, sammelten Georg Otto und Tristan Abromeit, die gemeinsam mit Hermann Müller Schriften des "Arbeitskreis Dritter Weg" ausgelegt hatten, das Flugblatt wieder ein.

Unser KV forderte Ende Dezember den KV Hannover-Land auf, der Sache nachzugehen und H. Müller zur Rede zu stellen. Trotz einer Zusage des KV Hannover-Land haben wir bisher keine Antwort bekommen, was aus der Angelegenheit geworden ist. Da wir aber die Tatsache, daß ein Grüner faschistoide Ansichten verbreitet, für untragbar halten, möchten wir dieses Problem auf einer LDK behandelt wissen.

Wir halten eine solche Diskussion nicht nur wegen Hermann Müllers Flugblatt für nötig und sinnvoll. Sie sollte auch geführt werden, um den Wahrheitsgehalt einiger Gerüchte bezüglich rechter Tendenzen bei den Grünen zu klären. So ist uns wiederholt zu Ohren gekommen, daß Hermann Müller nicht der Einzige im "Arbeitskreis Dritter Weg" mit extrem rechten Ansichten sei, und daß ähnliche Positionen in einigen KVs sehr verbreitet seien, z. B. in Hildesheim, Hameln und Soltau. Wir haben unsere Zweifel, ob am Wahrheitsgehalt dieser Gerüchte etwas dran ist, halten es aber gerade deshalb für nötig, auf der LDK offen darüber zu diskutieren. Nur so können wir falschen Gerüchten entgegentreten bzw. dafür sorgen, daß es zukünftig keine Grundlage für solche Gerüchte mehr geben wird.

DIE GRÜNEN
im KV Verden

Es kann keinen Frieden auf Erden zwischen den Menschen geben.

Vor fast 2.000 Jahren wurde der Menschheit der Frieden auf Erden verheißen, aber noch heute wartet sie und sehnlicher denn je auf die Erfüllung dieses Versprechens. Mit Zuhilfenahme immer stärkerer Umweltverschmutzung und Vergiftung der Natur untergraben die Menschen ihre Lebensgrundlagen, und mit entfesselter Atomkraft können sie unseren Globus zerstören. Obwohl diese Tatsachen allen bekannt sind und immer mehr Warner in letzter Zeit auftraten, die auf die auf uns zukommenden Gefahren hingewiesen haben, sind seitens der führenden Staatsmänner keine Maßnahmen getroffen worden, die Gefahr zu bannen. Angst hat die Völker ergriffen. In immer stärkerem Maße wird gegen das drohende Unheil demonstriert – bisher ohne sichtbaren Erfolg. Die größte Kundgebung am 10. Oktober 1981 galt dem

Frieden,

für den sich schon vorher der Evangelische Kirchentag in Hamburg eingesetzt hatte. Es kann aber keinen Frieden zwischen den Menschen geben, wenn sie nicht zu natürlichen Verhältnissen zurückfinden. Ein unerbittliches, unumstößliches Naturgesetz ist der

Kampf,

den alle Lebewesen gegeneinander zu bestehen haben. Nach Heraklit ist nicht der Krieg, sondern der Kampf der Vater aller Dinge. Er wird mit angeborenen Eigenschaften und Kräften ausgetragen und dient der gesunden Auslese und damit der Aufartung. Die lebensstüchtigsten Eigenschaften sollen erhalten bleiben und sich vermehren. Nur die Menschen führen

Krieg

gegeneinander mit immer raffinierter ausgedachten Vernichtungswaffen. Die körperlich und geistig gesunden Männer werden „eingesetzt“ und viele von ihnen sind für den Helden Tod auf dem Felde der Ehre ausersehen. Die Untauglichen und Drückeberger können daheim ihre Eigenschaften ungestört an ihre Nachkommen weitergeben. Eine Gegenauslese, eine Abartung ist die logische Folge. Wenn es in der übrigen Natur keinen Krieg gibt, müssen die

Gründe zum Kriege

in falschen menschlichen Einrichtungen zu suchen und zu finden sein. Wer ernstlich Frieden erstrebt, muß der Losung folgen:

Zurück zu natürlichen Verhältnissen!

Zurück zu Verhältnissen, wie sie im Pflanzen- und Tierreich bestehen. Den Pflanzen und Tieren gehören die Sonne, die Luft, das Wasser und die Erde mit allen ihren Schätzen uneingeschränkt, uns Menschen nur die Sonne. Bei Luft und Wasser bestehen bereits Einschränkungen, und die Erde und ihre Schätze sind „Eigentum“ einer Minderheit (in Andalusien z.B. sind es 2 %), die daraus ein beträchtliches arbeitsloses Einkommen bezieht. Bodeneigentümer überlassen den Ausgesteuerten, den Entrechteten, den Proletariern Boden und Bodenschätze nur, wenn die sich bereit erklären, dafür die entsprechende Pacht aus ihrem Arbeitsertrag zu zahlen. Zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern kann es keinen Frieden geben. Kriegsgrund Nr. 1 ist das arbeitslose Einkommen aus Boden und Bodenschätzen.

Kriegsgrund Nr. 2 ist das arbeitslose Einkommen aus Geld- und Sachkapital. Das von Menschen erfundene Geld hat eine immer feinere Arbeitsteilung und damit die Zivilisation unserer Tage ermöglicht. Ohne dieses Geld würden wir noch in der umständlichen Naturaltauschwirtschaft oder gar der Urwirtschaft verharren. Geld ist also durchaus wertvoll, hat aber von den Edelmetallen Gold und Silber eine unnatürliche Eigenschaft übernommen, es ist nominell unvergänglich. 40 DM sind nach 2 Jahren noch 40 DM, während ihr Gegenwert, z.B. ein Doppelzentner Kartoffeln, zu einem sehr kleinen Haufen Kompost zusammenschumpfte. So ziemlich alle Waren und auch die menschliche Arbeitskraft sind vergänglich und liegen in ständigem Kampf mit dem unvergänglichen Gelde, das alle zum Tausch benötigten, wobei der Sieg des Geldes vorprogrammiert ist. Geld regiert die Welt. Schon Friedrich Engels hatte erkannt, daß diejenigen, die von diesem Gelde einen Schatz anhäufen können, den anderen überlegen sind und sie mit den Zinsen für das

geliehene Kapital ausbeuten können. Vom Gelde hat sich die Möglichkeit der Zinserhebung auf sämtliche Sachkapitalien übertragen. Das hervorstechendste Beispiel ist der hohe Zinsanteil von 60 bis 80 %, der in allen Mieten steckt. Es ist doch kein Wunder, daß bei einem Zinsfuß von 15 % oder noch mehr keine Mietwohnungen mehr gebaut werden. Wer kann denn monatlich 4.500 DM Miete für eine Wohnung zahlen, die infolge der hohen Baulandpreise und Baukosten 300.000 DM erforderte? Die Hausbesetzungen deuten in eine richtige Richtung, können die Fragen aber nicht lösen, wenn die Ursachen nicht erkannt werden.

Eigentum an den Lebensgrundlagen (Boden und Bodenschätze) bedeutet Macht über andere; ebenso sind Geld- und Sachkapital Machtmittel. Es gibt aber noch ein drittes Machtmittel, das sich aus dem Zusammenleben der Menschen ergeben hat: die geistige Beeinflussung. Rangordnungen bestehen auch im Tierreich, niemals aber die bei Menschen mögliche Beeinflussung durch die Schulen und Kirchen und besonders die Massenmedien Presse und Rundfunk. Dieses zuletzt genannte Machtmittel hat es erreicht, daß den meisten Menschen der Einfluß der erstgenannten Machtmittel verborgen blieb. Sowohl in den Schulen, als auch in Presse und Rundfunk scheinen diese Fragen unantastbar zu sein, sie werden systematisch totgeschwiegen. Man weist wohl auf Folgeerscheinungen hin, stellt die richtige Diagnose, mit allen Mitteln verhindert man das Erkennen der Heilmöglichkeit der

Therapie:

Sie besteht aus drei unveränderlichen Grundgesetzen:

§ 1

Jeder Mensch ist gleichberechtigter Miteigentümer der naturgegebenen Lebensgrundlagen, die niemand zum Schaden anderer verändern oder zerstören darf.*

§ 2

Jeder hat das alleinige Verfügungsrecht über seinen Arbeitsertrag, der ihm ungekürzt zufließen muß.

§ 3

Jeder geschäftsfähige Erwachsene verfügt allein über die eigene Person.

Auf diese 3 Grundgesetze bauen die veränderlichen, die Geld- und Währungsgesetze, Steuer-, Sozial-, Wahl-, Straf- und Schutzgesetze usw. auf, die demokratisch beschlossen werden und durch die die Grundgesetze nicht angetastet werden dürfen.

Freiland, die ehrene Forderung des Friedens nannte vor über 60 Jahren Silvio Gesell einen seiner Beiträge zu einer besseren Ordnung im Zusammenleben der Völker. In seiner „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ kann jeder nachlesen, wie dem Machtmittel Geld- und Sachkapital die Zähne gezogen werden können und das römische Bodennunrecht in ein Bodenrecht umzuwandeln ist. Auch auf diesen Mann trifft der Satz zu, daß der Prophet im eigenen Lande nichts gilt.

Friedensfreunde, die sich um die vorstehend genannten Voraussetzungen für ein rechtliches Zusammenleben der Menschen nicht kümmern, werden Schiffbruch erleiden. Bisher gibt es auf unserem Globus nur Machtstaaten. Der Friede erfordert unerbittlich, daß an ihrer Stelle Rechtsstaaten geschaffen werden. Ohne sie wird ewig Krieg zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Bevorrechteten und Benachteiligten bestehen. Der Sinn der Schöpfung ist aber nicht Krieg, Zerstörung und Untergang; ihr Sinn ist Vervollkommnung in allen Bereichen, im menschlichen Bereich: Weg von den barbarischen Kriegszuständen, voran zu edlerem Menschentum!

*In den Ostblockländern „gehören“ die Lebensgrundlagen nur auf dem Papier den Arbeitern und Bauern; in Wirklichkeit sind die Nutznießer die Parteifunktionäre. Dort besteht Funktionskapitalismus.

Hunger und Durst nach Gerechtigkeit (Matthäus 5 Vers 6) können nur gestillt werden, wenn Gerechtigkeit gesetzlich verankert und im Zusammenleben der Menschen verwirklicht wird. Nur so werden wir dem Geist der Bergpredigt gerecht.

3257 Lüdersen am 18.10.1981
Wolfsberg 3

Hermann Müller
geb. 1898

Die Wirkungen einer Stellungnahme: Ein Parteiausschlußverfahren

Aus meinem Text "Ultrarechte Tendenzen" geht ja selbst hervor warum er verfaßt wurde. Da er mir ein Parteiausschlußverfahren bei den GRÜNEN eingebracht hat, will ich über die Wirkung hier kurz berichten. Der ganze Vorgang füllt mehr als einen Aktenordner und liegt zehn Jahre zurück. Wenn ich in mich hinein horche, fühle ich aber heute noch die Narben, die die mir zugefügten Verletzungen hinterlassen haben.

Die Stellungnahme war damals in der Hauptsache gedacht für die Delegierten einer Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN in Niedersachsen, die über "ultrarechte Tendenzen" bei dem Mitglied Hermann Müller, der den ersten Aufruf zur Gründung einer grünen Partei unterschrieben hatte, und bei dem *Arbeitskreis Dritter Weg* verhandeln sollte.

Aber der Landesvorstand hat die innerparteiliche Kommunikation manipuliert mit dem Hinweis, er wolle Manipulation vermeiden. In einem Schreiben vom 16. 8. 1983 heißt es:

"Lieber Tristan!

Auf der nächsten LDK soll als erster Tagesordnungspunkt das Thema "Rechte Tendenzen bei den GRÜNEN" diskutiert werden. Der Landesvorstand ist mehrheitlich der Meinung, daß diese Diskussion sich längs des Vorfalls und der Vorwürfe bewegen sollte. Grundsatzdiskussionen bedürfen einer anderen Vorbereitung und einer

anderen Zeitplanung.1)

Deine Ausführungen zu den Vorwürfen und Verdächtigungen des KV Verden gerinnen schwerpunktmäßig zu einer Darstellung der 'Position Dritter Weg'. Daß Du eher diese Ökonomieprobleme im Auge hast, wird auch aus Deinem Brief vom 8.8.83 deutlich. Es heißt dort unter anderem: 'Mein Eindruck bzgl. unserer Ökonomieprobleme ist der, daß die Grünen Informationen blockieren und Problemzusammenhänge vernebeln'. Ob dem wirklich so ist, wird mancher bezweifeln, daß Du offensichtlich der Versuchung erlegen bist, unter Ausnutzung der zur Debatte stehenden Vorkommnisse eine Diskussion über den Dritten Weg NWO anzuzetteln, ist kaum zu bezweifeln. Die Manipulation hinzunehmen ist der Landesvorstand nicht bereit. Deine Stellungnahme wird deshalb nicht mit den Delegiertenunterlagen verschickt. Für den Landesvorstand Alwin Germer"

Das Mitglied der GRÜNEN und des damaligen Niedersächsischen Landtages Martin Mombauer, der die Nichtauslieferung meiner Stellungnahme damit begründet hatte, daß sie dem Spiegel in die Hände kommen könne, und der dann meine Aussage über den Nationalsozialismus bekannt machen könne, hat dann im August 1983 auf der Landesdelegierten der niedersächsischen GRÜNEN in Emden einen Satz von mir - der angeblich von der Presse nicht ausgeschlachtet werden sollte - den nichtinformierten Delegierten und PressevertreterInnen ohne Textzusammenhang vor den Kopf geknallt. Er lautet: "Die NSDAP war am Beginn eine Bewegung, eine Bewegung, die eine Not wenden sollte, also keine Diktatur, eine Bewegung, wie die Bewegung der Grünen heute, bei der man auch manche Unebenheiten in Kauf nimmt, in der Hoffnung, daß sich das Gute durchsetzt." (Seite 8 der Stellungnahme)

Die "lieben" Freunde hatten das erreicht, was man erreichen wollte. Die Delegierten waren empört, und die Presse berichtete ohne Recherche "Grüne rücken von 'ultrarechter' Gruppe ab", "Grüne wollen Abromeit aus Partei ausschließen, 'Gefährliche Ver-

1) Anmerkung vom Mai '94: Der Vorstand hat sicher an eine Zeitspanne von mehreren Jahrzehnten gedacht. Denn eine Grundsatzdiskussion über Weg und Ziel hat es bei den GRÜNEN immer noch nicht gegeben. Darüber können die von den Wahlen diktierten und beschränkten Wahlaussagen auch nicht hinwegtäuschen. T.A.

harmlosung des Nationalsozialismus' vorgeworfen" usw..

In meinem Kreisverband war von Solidarität mit ihrem in die Schußlinie geratenem Mitglied nichts zu spüren. Die stille Parole lautete "Abschießen!" Dabei war es aus meiner Sicht so, daß die Verharmloser dort zu finden waren, wo sich Entrüstung breit machte und die Möglichkeit der Fehlentwicklung der GRÜNEN unterbewertet wurde. In einer KV-Sitzung habe ich dann ein Plakat der GRÜNEN mit dem Zitat von Rosa Luxemburg hochgehalten, wo es heißt: "Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden". Natürlich war Luxemburgs Aussage nicht in meinem Fall gültig.

Ich selbst habe auch Menschen meines Vertrauens befragt, was sie von meinen Äußerungen halten:

- Helmut Lippelt, damals bereits eine überdurchschnittlich bekannte Person innerhalb der GRÜNEN (von dem ich aber bis heute nicht weiß, welche politischen Ziele er eigentlich verfolgt) urteilte schon vor der Raußchmisdiskussion: "Recht ordentlich!" In der Auseinandersetzung hat er sich aber fein herausgehalten.

- Dr. Arno Klönne, Professor in Paderborn und Faschismusforscher schrieb mir:

"Sehr geehrter Herr Abromeit, zu Ihren Bemerkungen über Freiwirte, NSDAP und Grüne kurz meine Auffassung:

Die Wirtschaftsvorstellungen der Freiwirte in der Zeit vor 1933 sind eine Seite - die Positionen von Freiwirten zu den politischen Ideen und Strömungen der damaligen Zeit eine andere.

Durchaus zutreffend schreiben Sie, daß manche Freiwirte klar gegen die NSDAP standen, andere aber Hoffnungen in eben diese Partei setzten. Das war bei der Jugendbewegung ähnlich, wie überhaupt bei den verschiedenen sozialen Reformbewegungen, die in den Zwanziger Jahren in Deutschland zwar Minderheiten darstellten, aber die Ideengeschichte und das gesellschaftliche Klima wesentlich beeinflussten. Insgesamt ging es diesen, vorwiegend aus dem gebildeten Bürgertum sich rekrutierenden Reformbewegungen um den Protest gegen das 'Industriesystem' und dessen Auswirkungen auf die Lebenswelt, und in diesem Protest spielten

naheliegenderweise gedankliche Rückgriffe auf Bilder einer 'natürlichen', noch nicht durchrationalisierten Gesellschaftsordnung eine große Rolle. In alledem steckten Komponenten, an die der Nationalsozialismus in seiner 'idealistischen', noch nicht machtpolitisch etablierten Ausformung anknüpfen konnte, ohne die seine Attraktivität gerade bei der nachwachsenden Intelligenz der damaligen Zeit ja auch gar nicht erklärlich wäre. In diesem Kontext ordnet sich m.E. auch der Text von Hermann Müller ein, den ich in etlichen Punkten höchst problematisch finde, demgegenüber aber die Denunziation als 'faschistisch' nichts klärt und nicht weiterführt. Zu bedenken ist, daß in der Substanz ähnliche Gedankengänge in einer anderen Begrifflichkeit auch heute in den Reformbewegungen zu finden sind, auch bei manchen Grünen, vielleicht auch bei solchen, die ihrerseits (aufgrund semantischen Wandels) an dem Text von Hermann Müller Anstoß nehmen. 'Zivilisationskritische' Ideen sind der Sache nach vieldeutig, auch verführbar, 'verkehrbar'; dagegen bietet politisches Abstempeln keinen Schutz, sondern nur kritische Diskussion, Weiterdenken." (Zweite Fassung des Schreibens vom 23. 12. 83)

Fred Braun, bei dem ich anlässlich einer Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Karlsruhe zu Gast war - und der mir gesagt hat, daß er und seine Frau von Israel in die Bundesrepublik übergesiedelt wären, weil sie den Umgang der Israelis mit Palästinensern nicht mehr ertragen hätten - schrieb mir am 12. 3. 84:

"Ultrarechte Tendenzen beim Arbeitskreis 'Dritter Weg'

3221 Eberholzen

Lieber Tristan Abromeit!

Nochmals darf ich Dir danken für die kleine Streitschrift. Selbstverständlich, was auf Seite 8 festgestellt wird, ist einfach richtig.

Von dem Elend, das damals überall herrschte, kann sich die nachgeborene Generation nur sehr beschränkt eine Vorstellung machen.

Jedermann wusste tief im Inneren: So geht es nicht weiter. Und es gab nur 2 Parteien, die jedenfalls behaupteten, sie brächten

eine Wende, wenn sie an die Macht gelassen würden, die KPD und NSDAP.

Und selbstverstaendlich war die grosse Masse auch der NSDAP-Leute keine Buerger, die Konzentrationslager einrichten wollten, die sich auf Mord und Krieg vorbereiteten, sondern einfach, die wieder Arbeit, anstaendige Löhne und Gehälter usw. sehen wollten. Das gleiche galt natuerlich ebenso für die KPD.

Mit Hitler kam es dann ganz anders. Die KPD und SPD wurden sofort zerschlagen.

Aber auch in der NSDAP wurde bald gemordet.

Natürlich wurde Röhm und sein Gefolge 1934 nicht wegen ihrer Homosexualität ermordet, sondern blutig die Kräfte erledigt, die auf einen sozialen Wandel zugunsten des arbeitenden Volkes hofften und in denen daher Hitler eine grosse Gefahr sah.

Damit war auch innerhalb der NSDAP selbst die 'Gefahr' einer sozialen Wandlung fürs erste gebannt.

Und dann konnte die Ruestung, Kriegsvorbereitungen usw. einsetzen - bis zum bitteren Ende 1945.

Als Mitbetroffener, KZ, Emigration usw. kann ich den Feststellungen nur beistimmen.

Freundl. Gruss Dein Fred"

Und am 3. 4. 84 schrieb mir Fred Braun, der - wenn mich meine Erinnerungen an seinen Erzählungen nicht trügen - in der Zeit, als sich die Nationalsozialisten zahlenmäßig entfalteten, Mitglied der KPD war:

"Lieber Tristan!

Für die Übersendung des Beschlusses der Landesschiedskommission darf ich Dir bestens danken.

Vielleicht liegt dies an meinem Alter:

So ganz verstehe ich die Welt nicht mehr.

Natuerlich wäre es besser gewesen, Du hättest das beanstandete

Zitat noch mit einem zusaetzlichen Satz verlängert, etwa
So sahen es jedenfalls die vielen Mitlaeufer und sicher auch
die grosse Masse der Parteimitglieder.

Wie stark der soziale Druck, dass 'es so nicht mehr weitergehen konnte' damals auch in der NSDAP selbst angestiegen war, dafür als ein Beweis die Stennesrevolte, wo die berliner SA 'meuterte', die aus Arbeitern und Arbeitslosen im Wesentlichen bestand, ebenso die politische Stoßrichtung der Strasser-Brüder.

Hitler rechnete dann in der 'Röhmrevolte', die wahrscheinlich er zu diesem Zweck erfand, blutig mit den sozialen Tendenzen innerhalb der Nazis ab.

Als Jude, der damals hell wach die Ereignisse miterlebte und nur dank seiner 'arischen' Verlobten (jetzt Ehefrau) sich rechtzeitig z. Auswanderung entschloss und als Gruendungsmitglied der Grünen Karlsruhe kann ich dies nur unterstreichen.

Vollends unklar ist mir, wie die Partei geschädigt worden ist. Die Grünen haben den Austritt von Bastian aus der Bundespartei überstanden und ihn nicht ausgeschlossen - die Grünen haben die hessische Blutbeschmierung überstanden, ohne den Parteifreund auszuschliessen.

Ist denn Deine inkrimierte Aeusserung in die Weltpresse gelangt, etwa in 'Le monde' oder in der 'Washington Post' oder auch in der 'Istwestia' gestanden? Oder hat Eure lokale Presse darüber eine Sonderausgabe herausgegeben?

Schliesslich kann ich aus eigener Beobachtung bestätigen, dass Du jedenfalls bei den beiden karlsruher Tagungen im März in keiner Weise offensiv oder sonst parteischädigend aufgetreten bist. Ich möchte sicher annehmen, dass die Bundesschiedskommission Deiner Beschwerde stattgibt. Freundliche Grüsse Dein Fred"

Köln, den 24.6.84/3.8.84

zu diesem Brief: am 24.6. hatte ich den unten abgedruckten Brief an Herrn Tristan Abromeit geschickt..Tristan Abromeit fragte mich in einem Schreiben vom 1.8., ob er meinen Brief als Beweisunterlage der Bundesschiedskommission vorlegen dürfte und ob ich den handschriftlichen Text in Schreibmaschinenform bringen könnte. Diesem Vorschlag folge ich hiermit gerne, insbesondere deshalb, weil ich durch weitere Informationen zu diesem Fall davon überzeugt bin, daß hier nicht T. Abromeit allein angeklagt ist, sondern alle die Menschen in unserer Partei, die in ihrer Suche nach der Freiheit keine falschen Kompromisse eingehen. Sicherlich ist der angegriffene Satz von T. Abromeit nicht unproblematisch, nein, er spricht ja gerade ein Problem an, welches geklärt werden muß, doch ist es nicht nur der falscheste Weg den "Erkennenden" auszuschließen, sondern dieser bisher eingeschlagene Weg offenbart auf makaberste Weise, daß es der Warnung, die Abromeit ausgesprochen hat bedurfte und auch weiterhin bedarf. Mit unwesentlichen Änderungen folgt hiermit mein Brief an T. Abromeit vom 24.6.84

"Sehr geehrter Herr Abromeit, durch meinen Bekannten Hugo Kierdorf, den ich seit der Gründung der Grünen im Herbst 79 hier in Köln kenne, habe ich erfahren, daß man Dich aus unserer Partei ausgeschlossen hat und Dir jetzt bloß noch die Möglichkeit offensteht beim Bundesschiedsgericht um verspätete Gerechtigkeit zu bitten. Man hat Dich, soweit ich dies anhand der Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen, nachvollziehen kann, wegen Deines Vergleiches zwischen der NSDAP und den Grünen ausgeschlossen und deshalb, weil Du diese Äußerung nicht zurückgenommen hast, sondern richtigerweise ergänzt hast dadurch, daß Du sagtest, daß die Ausgangsbasis für den Nationalsozialismus nicht Rassisten etc. sondern Hungernde, Verarmte und Idealisten gewesen sind. In der anti-nazistischen, 1932 in der ersten Auflage erschienenen und seit 1981 im ahde-Verlag wieder erhältlichen Broschüre: "Über Hildburghausen ins dritte Reich" von Dr. Gerhard Wartenberg, der u.a. auch Mitarbeiter beim "Syndikalist" und bei Erich Mühsams "Fanal" gewesen ist und im Kz Sachsenhausen mit 38 Jahren gestorben ist konnte ich vieles finden, was Deine These durchaus unterstützt und ihre Richtigkeit, bezogen auf die Ausgangsbasis der Nazis und bezogen auf ihr frühes Auftreten unter Beweis stellt.. Da wird sowohl dargelegt, wie die NSDAP von ihren frühen Prinzipien abgerückt ist (Verstaatlichung der Trusts, Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Gemeinnutz geht vor Eigennutz, Brechung der Zinsknechtschaft), als auch klargestellt, daß die Ausgangsbasis der Nazis Enttäuschte, Verbitterte, Arbeitslose und Hoffende bildeten. Zusätzlich wird noch darauf hingewiesen, daß viele akademische Kräfte die Nazis unterstützten und ein Großteil des Mittelstandes, der durch die Existenz von Konzernen die eigene Existenz dahinschwinden sah. Aber mit den parlamentarischen Erfolgen verschwanden immer mehr die sozialen Phrasen und der Totalitarismus ersetzte diese. Sicherlich hatte dies auch damit zu tun, daß die Nazis keine Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme hatten, und wenn man regieren will, ohne Lösungen bereit zu haben, so muß man dies verdecken, und dazu bedient man sich des Totalitarismus und der Formel, die da besagt: der Führer hat immer Recht. Fehlende Toleranz und Absolutheitsansprüche helfen da genauso, wie der Glauben daran, daß die Mehrheit immer Recht habe, wozu aber schon der römische Philosoph Seneca passend sagte: "Vor nichts müssen wir uns mehr hüten als davor, nach Art des Herdenviehs der vorrauslaufenden Schar zu folgen; dann würden wir nämlich lediglich den meist betretenen, nicht aber den richtigen Weg wählen!"

Aber auch in Gesprächen mit älteren Menschen habe ich oftmals erfahren, mit welcher Hoffnung und mit welchem Idealismus viele das Aufkommen der Nazis

betrachtet haben, und manch einer hat auch vor einem eingeschränkten Vergleich mit den Grünen nicht gescheut. Um den Faschismus zu verstehen muß man aber wissen, wie es tatsächlich dazu gekommen ist, und es ist eine Verharmlosung, wenn man lediglich so tut, als hätte es in Deutschland auf einmal Millionen von bösen Menschen gegeben. Insofern schadet Dein Vergleich nämlich deshalb nicht, weil er uns davor warnen kann, etwas zu tun, was wir nachher zu bedauern hätten.

Beide Parteien, die Grünen und die NSDAP sind nämlich hervorgerufen worden durch die Korruption der Systeme, beide haben eine primär antiparlamentarische Grundhaltung und benutzen das Parlament als Tribüne, um außerparlamentarische Entwicklungen zu fördern. Und beide Parteien gingen anfänglich von ähnlicher Ausgangsbasis aus. Beide Parteien ähneln sich aber, und dies habe ich schon gegenüber vielen geäußert, in der Art und Weise, wie sie das heutige System auf emotionale Weise anprangern, weil die Rationalität bei den Grünen sich bis heute z. B. im Programm noch wenig niedergeschlagen hat. So habe ich z. B. sehr große Ähnlichkeiten der Darstellungen eines Parlamentes auf dem Plakat zur Europawahl (Europa auf dem Stier, und unter dessen Huf Schlafende, Trinkende und Nutzlose im Parlament) mit einem Wahlplakat für den Völkischen Bund vor 1933 feststellen müssen, welches ich in einem Politikbuch gefunden habe. Die früher verwendete niederschmetternde und zermalmende Dynamik einer Faust wird lediglich durch den zertretenden Huf eines Stieres ersetzt; -sonst kaum Unterschiede!!)

Dies heißt natürlich noch nicht, daß die Grünen eine faschistische Partei sind. Dies heißt aber, daß wir die Pflicht haben in offener und freier und toleranter Diskussion Programme zu entwickeln und Erkenntnisse zu bewahren, die tatsächlich dazu geeignet sind, die ökologischen und ökonomischen Probleme zu lösen.

Heute findet man aber leider schon ein erhöhtes Maß an Intoleranz bei den Grünen, die mit steigenden Wählerzahlen und Machtgewinnen zuzunehmen scheint; es gilt Macht zu erhalten.

VERHARMLOSUNG, DIE DIR VORGEWORFEN WIRD, VERHARMLOSUNG FINDET DADURCH STATT, DAß WAHRHEITEN NICHT OFFENGELEGT WERDEN UND SO LEIDER FALSCHER ANALYSEN UND FALSCHER REAKTIONEN IN DER ZUKUNFT ZU ERWARTEN SIND.!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Dies aber ist die Gefahr, der wir uns nicht preisgeben dürfen, die Gefahr der Intoleranz gegenüber den Andersdenkenden, die Gefahr des Absolutheitsanspruches, die Gefahr welche tatsächlich zum Faschismus führen kann oder zum Bolschewismus, der auch nur ein auf den Kopf gestellter Faschismus ist, und deshalb genauso gefährlich, wie der Anarchist Rudolf de Jong in der Broschüre "Die Internationale Arbeiter-Assoziation und der Faschismus" richtig bemerkt.

-Auch wenn ich nicht unbedingt annehme, daß hinter diesem Ausschlußverfahren eingeübte Taktiken stecken (mittlerweile glaube ich aber nicht an einen Zufall!), so wird ein möglicher Ausschlußerfolg aber diejenigen weiter animieren, die mit nicht beweisbaren Vorwürfen unbequeme parteiinterne Gegner loswerden, und eigene Macht erweitern wollen. Deshalb müssen wir uns als FREUNDE DER FREIHEIT offensiv dagegen zur Wehr setzen.

In der Hoffnung, daß Du unserer Partei weiter zur Verfügung stehst und jetzt auch mit der Bitte an das Schiedsgericht Dich "freizusprechen" und dadurch der Partei nicht noch weiteren Schaden zuzufügen verbleibe ich

ein anarchistischer Freund der Freiheit des Einzelnen

Christof Misere'

zu meiner Person: 23 Jahre alt, seit 1979 bei den Grünen, stud. jur. auch Mitglied der individual-anarchistischen JOHN HENRY MACKAY-Gesellschaft, Bezirksvertretung und Direktkandidat zur Kommunalwahl dieses Jahr in Köln,
Adresse: Christof Misere', Mesmerstr. 13, 5000 Köln 80, tel: 0221/62 68 26

Fred Braun Braun hatte damals in dem Schiedsgerichtsverfahren eine Erklärung formuliert, die den Streit begraben sollte. Sie lautete:

"Ich bedauere sehr, daß mein Vergleich der NSDAP mit den Grünen zu Mißverständnissen geführt hat.

Es gibt einen einzigen Punkt, wo die NSDAP und die GRÜNEN einen Berührungspunkt haben, nämlich die politische Krisensituation in der jeweiligen Zeit.

Ich muß nochmals ausdrücklich sagen, daß die Krisenelemente verschieden sind, damals die wirtschaftliche Katastrophensituation, heute die drohende ökologische Katastrophe und die Kriegsgefahr. Mit den Unebenheiten bei den Nazis wollte ich nur ausdrücken, wie es damals die verzweifelte Bevölkerung sah. Natürlich lassen sich der Rassenhaß und die Fememorde usw. nicht mit den Problemen vergleichen, die bei den GRÜNEN evtl. noch zu bewältigen sind.

Der ganze kritisierte Vergleich, sollte nicht dazu dienen, die Grünen herabzusetzen, sondern sie zu fördern.

Ich würde auch nicht bei den GRÜNEN mitarbeiten, wenn ich auch nur einen Ansatz zu einer vergleichbaren Entwicklung wie bei der NSDAP sehen würde."

Diese Formulierung ging den Parteifreunden nicht weit genug. Mir wurde dann nachfolgende Erklärung vorgelegt, die ich unterschrieben habe.

"Zwischen den Grünen und der NSDAP gab und gibt es keine substantziellen politischen Gemeinsamkeiten.

Es gibt auch keine Anhaltspunkte dafür, daß sich die GRÜNEN in eine totalitäre und menschenverachtende Richtung entwickeln könnten.

Ausdruck hierfür sind insbesondere die vier Grundpfeiler (Demokratische Tradition, sozial-humanistische Zielvorstellungen, Antimilitaristische und pazifistische Grundhaltung und das soziale Selbstverständnis), welche geradezu diametral zu den Positionen der NSDAP stehen.

Ich würde auch nicht bei den GRÜNEN mitarbeiten, wenn ich auch

nur einen Ansatz zu einer vergleichbaren Entwicklung wie bei der NSDAP sähe.

In diesem Sinne halte ich den umstrittenen Satz nicht aufrecht."

Am 27. November 1994 habe ich dann an den Kreisverband Hannover Land geschrieben:

"Am 10 November vor dem Bundesschiedsgericht wurde ein Vergleich zwischen den anwesenden Mitgliedern und dem Vertreter des KV, Walter Meyer und mir angestrebt und erreicht.

Als mir vor Beginn der offiziellen Verhandlung der von mir benannte Beisitzer erklärte, es käme gar nicht darauf an, wer in dem Streit recht hätte, sondern es wäre notwendig, eine geschlossene Partei herzustellen, um die Bedrohung der Umwelt, durch Krieg und politische Gegenkräfte abzuwehren, war mein Impuls, das Verfahren - in dem ich keinen Sinn mehr erblicken konnte - durch meinen Austritt aus der Partei abzubrechen.

(Der Hinweis auf die Bedrohung von außen ist nämlich das klassische Manipulierungsinstrument, um demokratische Organisationen in totalitäre umzumünzen, um innere nationale Spannungen in äußeren Kriegen ein Ventil zu schaffen.)

Weil ich mich (leider) als Gründungsmitglied mitverantwortlich fühle, was in und mit der Partei DIE GRÜNEN passiert, und weil ich Teilhaber eines ökonomischen Wissens bin, das für die GRÜNEN, ja für die ganze Menschheit genauso wichtig ist wie das Wissen um die Gefährlichkeit radioaktiver Strahlen und des Rüstungswahnsinns, konnte ich mir die Austrittserklärung vor meinem Gewissen nicht leisten. (Dabei wäre der Austritt für mich eine psychische Entlastung.)

In der Verhandlung kam es dann zu der von Fred Braun formulierten Erklärung als Voraussetzung einer Schlichtung. Diese Erklärung ging Walter Meyer nicht weit genug. Es wurde dann ohne meine Mitwirkung der von mir unterschriebene Text ausgearbeitet.

Ich habe diesen Text unterschrieben, weil ich nicht querköpfig erscheinen wollte, weil die Schiedsgerichtsmitglieder zum Zug

wollten, weil ich den ganzen Streit nicht überbewerten wollte und weil der Text mir auf dem ersten Blick als verdaulich erschien.

Auf dem Wege nach Hause war mir aber schon klar, daß der Text nicht meinem Erkenntnisstand entspricht - und nur der kann Richtschnur meines politischen Handelns sein -, und daß es nicht meine Aufgabe ist, den mit Wachsen der Partei wachsenden Opportunismus zu fördern. Außerdem empfinde ich den Text als Unterwerfungsklausel. Unterwerfungsverfahren sind aus totalitären Parteien satksam bekannt. Noch halte ich aber DIE GRÜNEN für eine freiheitlich orientierte Partei. ..."

Ich habe dann der unterschriebenen Erklärung nachfolgende Fassung gegeben und der Bundesschiedskommission vorgelegt. (Ergänzungen in kursiv.)

"Erklärung von Tristan Abromeit Mitglied der GRÜNEN zur Schlichtung des Streites über eine Vergleichsäußerung zur NSDAP und DIE GRÜNEN zwischem dem Kreisverband Hannover-Land und dem Unterzeichner - abgegeben vor dem Bundesschiedsgericht am 10. 11. 84 in Hannover, ergänzt am 29. Nov. 84 vom Unterzeichner

Zwischen den Grünen und der NSDAP gab und gibt es keine substantiellen politischen Gemeinsamkeiten.

Es gibt auch keine Anhaltspunkte dafür, daß sich die GRÜNEN in eine totalitäre und menschenverachtende *nationalistische* Richtung entwickeln könnten.

Ausdruck hierfür sind insbesondere die vier Grundpfeiler (Demokratische Tradition, sozial-humanistische Zielvorstellungen, Antimilitaristische und pazifistische Grundhaltung und das soziale Selbstverständnis), welche geradezu diametral zu den Positionen der NSDAP stehen.

Ich würde auch nicht bei den GRÜNEN mitarbeiten, wenn ich auch nur einen Ansatz zu einer vergleichbaren Entwicklung wie bei der NSDAP sähe.

~~In diesem Sinne halte ich den umstrittenen Satz nicht aufrecht.~~

Den umstrittenen vergleichenden Satz, der sich gegen den Faschismusvorwurf als politische Waffe wendet, der Verständnis für die politisch handelnde Generation am Beginn der dreißiger Jahre wecken sollte und vor einem möglichen politischen Hochmut warnt, halte ich - weil er das in den vorangehenden Sätzen gesagte, nicht eindeutig ausdrückt - nicht aufrecht.

Da aber DIE GRÜNEN unter gesellschaftlichem Problemdruck von Menschen mit heterogenen Denkansätzen und Motiven entstanden sind, die Voraussetzungen einer Aktionseinheit in der Vielfalt nicht geschaffen wurden und unter Bedrohung der Umwelt, des sozialen Friedens und bei Gefahr eines Krieges politisch handeln müssen, ohne über durchdachte und erprobte demokratische Strukturen und Handlungsmuster zu verfügen, sehe ich die Gefahr, daß bei zunehmendem Handlungsdruck die Partei eine Entwicklung nimmt, die wir heute mehrheitlich nicht wollen.

Ideale oder Grundpfeiler, wenn sie nicht reflektiert und gelebt werden, schützen eine Organisation nicht vor politischen Torheiten oder Entgleisungen.

Für DIE GRÜNEN im Sinne des Gründungsimpulses zu wirken war und ist mein Ziel. Tristan Abromeit"

Am 8. 12. 1984 verkündet dann das Bundesschiedsgericht den auf Seite 13 - 16 abgedruckten Schiedsspruch.

Die Verhandlung hat im Erd- oder Kellergeschoß des Congresszentrums in Hamburg stattgefunden. Wenig später sagte ein Stockwerk höher Rudolf Bahro im Plenum der Bundesdelegiertenkonferenz:

"... Zunächst würde ich eine weitere halbe Stunde über das Verhältnis zwischen Ökopax-Bewegung und Faschismus sprechen, aber anders, als Ihr es riskiert. Formell, strukturell gesehen, stehen sich nämlich Bewegung, Staat und Gesellschaft heute ganz ähnlich gegenüber wie in der Republik von Weimar, und die Grünen steigen formell nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Nazi-Partei. Um diesmal gut herauszukommen, nämlich damit die Volkserhebung gewaltfrei wird, dürfen die Grünen nicht verloren gehen. ..." (Rudolf Bahro, Redemanuskript, 2.Fassung "Hinein oder Hinaus? Wozu steigen wir auf?", Seite 7)

Aktenzeichen: 8/84

S c h i e d s s p r u c h

In dem Ausschlußverfahren

des Kreisverbandes Hannover-Land

g e g e n

Tristan Abromeit

beschließt das Bundesschiedsgericht durch

den Vorsitzenden Ekehard Rüter,
die regelmäßigen Beisitzer Ralf Becker und Rainer Paulsen,
die von den Parteien gewählten Beisitzer Fred Braun
und Karin Bender,

aufgrund der Verhandlung am 08.12.1984 in Hamburg:

1. Die Entscheidung der Landesschiedskommission Niedersachsen vom 17.03.1984 wird aufgehoben.
2. Der Ausschlußantrag des Kreisverbandes Hannover-Land vom 22.09.1983 wird zurückgewiesen.
3. Tristan Abromeit ist weiterhin Mitglied der GRÜNEN.

B e g r ü n d u n g:

Hinsichtlich der tatsächlichen Feststellungen wird Bezug genommen auf die Verfahrensakte Blatt 1 bis 87 sowie auf die Verfahrensakte der Landesschiedskommission Niedersachsen in dieser Sache.

1. Die Berufung ist zulässig, insbesondere ist sie rechtzeitig eingelegt worden.

Die Berufungsfrist gegen Entscheidungen der Landesschiedskommission Niedersachsen beträgt 1 Woche, vergleiche § 16 Schiedsordnung des Landesverbandes Niedersachsen. Das Urteil der Landesschiedskommission wurde Tristan Abromeit am 22.03.1984 zugestellt. Die Berufung ist beim Bundesschiedsgericht am 30.03.1984 eingegangen. Die Wochenfrist ist somit um einen Tag überschritten.

Tristan Abromeit hat die genannte Verspätung unwiedergelegt damit begründet, daß ihm die Anschrift des Bundesschiedsgerichts nicht bekannt gewesen sei und daß auch die Landesgeschäftsstelle Niedersachsen eine entsprechende (rechtzeitige) Nachfrage hinsichtlich der Anschrift nicht habe beantworten können, die Anschrift habe er also erst in Bonn erfragen müssen. Die Landesgeschäftsstelle hat diese Äußerung bestätigt, vergl. Blatt 29 der Akte.

Tristan Abromeit hat somit, nach Auffassung des Bundesschiedsgerichts, das ihm zumutbare unternommen um die, ohnehin sehr knapp bemessene, Berufungsfrist einzuhalten. Nach den Grundsätzen der sogenannten Wiedereinsetzung in den vorherige Stand (vergl. § 44 StPO, § 233 ZPO) ist die Berufungsfrist daher als gewahrt anzusehen.

Der Hinweis der Landesschiedskommission vom 27.05.1984 (Blatt 23 der Akte), Tristan Abromeit hätte rechtzeitig, also innerhalb der Wochenfrist, Berufung bei der Landesschiedskommission, dessen Anschrift ihm bekannt gewesen sei, einlegen können, die Berufung sei daher als verspätet zurückzuweisen, ist unbeachtlich. Gemäß § 16 der Schiedsgerichtsordnung Niedersachsen besteht die Möglichkeit, Berufung entweder bei der Landesschiedskommission oder beim Bundesschiedsgericht einzulegen. Diese Wahlmöglichkeit darf einem Mitglied auch nicht mittelbar durch den Zwang zur Einhaltung von Fristen verwehrt werden.

2. Die Berufung ist auch begründet.

Tristan Abromeit hat erklärt, daß er den umstrittenen Satz, auf welchem das Ausschlußverfahren beruht, nicht aufrecht erhält. Er hat zu diesem Satz, während der Verhandlung in Hannover, zwei schriftliche Erklärungen abgegeben, vergl. Blatt 80 oder 81 der Akte. Aufgrund dieser Erklärungen wurde der Ausschlußantrag, vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Kreismitgliederversammlung, vom Kreisverband Hannover-Land zunächst zurückgenommen. Die Kreismitgliederversammlung hat allerdings die erforderliche Zustimmung nicht erteilt, sondern mit eindeutiger Mehrheit beschlossen, das Ausschlußverfahren weiter zu betreiben, vergl. Blatt 82 der Akte. Die Kreismitgliederversammlung hat sich bei dieser Entscheidung auf die "neue Sachlage" bezogen. Diese "neue Sachlage" war entstanden, da Tristan Abromeit sich im Anschluß an die Verhandlung in Hannover am 10.11.1984 mit Schreiben vom 27.11.1984 (Blatt 83 der Akte) und mit einer Zusatzerklärung vom 29.11.1984 zur Erklärung vom 10.11.1984 (Blatt 84 d.A.) erneut zur streitigen Sache geäußert hatte.

Das Bundesschiedsgericht ist einstimmig der Auffassung, daß, nachdem Tristan die genannten Erklärungen abgegeben hat; ein Ausschlußgrund nicht besteht. Der umstrittene Satz ist mit diesen Erklärungen hinreichend zurückgenommen und erläutert. Das Bundesschiedsgericht ist weiterhin einstimmig der Auffassung, daß auch die Tatsache, daß Tristan zu den ursprünglichen Erklärungen vom 10.11.1984 weitere Erklärungen hinzugefügt hat, einen Ausschluß keinesfalls rechtfertigt.

Für die Beurteilung des Ausschlußverfahren wesentlich ist die letzte Erklärung zur Sache, nämlich die Zusatzerklärung vom 29.11.1984. Diese Erklärung enthält folgende (für das Verfahren) wesentliche Inhalte:

1. Der umstrittene Satz wird nicht aufrechterhalten.
2. Der umstrittene Satz sollte sich gegen den Faschismusvorwurf als politische Waffe wenden, er sollte Verständnis für die politisch handelnde Generation am Beginn der dreiziger Jahre wecken.
3. Tristan Abromeit sieht die Gefahr, daß bei zunehmendem Handlungsdruck die Partei eine Entwicklung nimmt, die heute mehrheitlich nicht gewollt ist.

Auch mit dieser Zusatzerklärung ist der umstrittene Satz hinreichend deutlich zurückgenommen. Die Zusatzerklärung selbst liegt im Rahmen der jedem Mitglied der GRÜNEN selbstverständlich zuzubilligenden Freiheit der Meinungsäußerung.

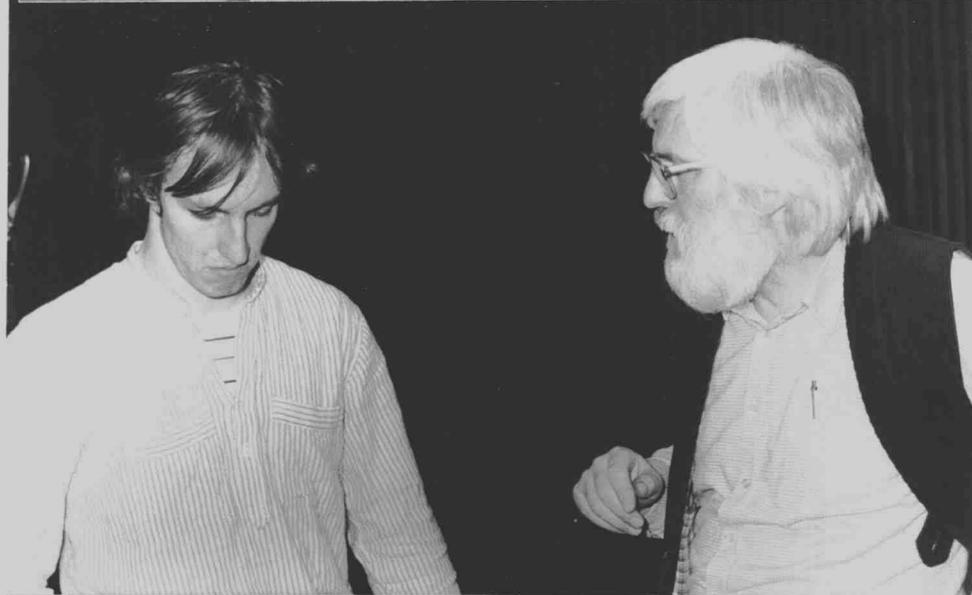
Hbg 10.1.85 Eckehard Rüter
Ort, Datum (Eckehard Rüter)

Mainz 3.1.85 Ralf Becker
Ort, Datum (Ralf Becker)

Slingsen 7/1/85 Rainer Paulsen
Ort, Datum (Rainer Paulsen)

Neustadt 8-1-85 Karen Bender
Ort, Datum (Karen Bender)

21.12.84
Karlsruhe Fred Brahm
Ort, Datum (Fred Brahm)



Bilder aus der Bundesschiedsgerichtssitzung am 8.12. 1984
T.A. Bild mitte und unten rechts